

Aktuell aus dem Bundesgericht

Zu Recht verweigerter Rechtsöffnung im Fall eines ausländischen, auf öffentlichem Recht beruhenden Entscheids



Berichtersteller: Dr. Martin Kocher, LL.M. (Taxation, LSE), RA, dipl. Steuerexperte, Lehrbeauftragter an der Universität Basel, Studien BE; Gerichtsschreiber an der II. öffentlich-rechtlichen Abteilung des Bundesgerichts

Ausländische Verfügungen (etwa Steuerentscheide einer ausländischen Verwaltungs- oder Verwaltungsgerichtsbehörde) fallen – vorbehaltlich besonderer Regelung in einem Staatsvertrag oder einem Bundesgesetz – als Vollstreckungstitel im Sinne von [Art. 80 SchKG](#) ausser Betracht. Dem Bundesgericht bot sich unlängst die Möglichkeit, einen Fall zu beurteilen, der die Forderung...

Dieses Dokument ist für Abonnenten oder Pay-per-Document-Kunden zugänglich.

Abonnieren ↗

Kaufen ↗

 Login